



Hamburg

Behörde für Schule,
Familie und Berufsbildung

Schriftliche Abiturprüfung Schuljahr 2025/2026

Geschichte auf grundlegendem Anforderungsniveau an allgemeinbildenden und beruflichen gymnasialen Oberstufen

Haupttermin
Montag, 4. Mai 2026, 09:00 Uhr

Unterlagen für die Lehrkräfte

Diese Unterlagen sind nicht für die Prüflinge bestimmt.

Diese Unterlagen enthalten:

1. Allgemeines
 2. Rückmeldebogen für die Zweidurchsicht
 3. Hinweise zu den Aufgaben
 4. Hinweise zum Korrekturverfahren
 5. Erwartungshorizont und Bewertung
-

1. Allgemeines¹

- Weisen Sie bitte die Prüflinge auf die allgemeinen Arbeitshinweise hin.
- Die Arbeitszeit beträgt **255 Minuten**.
- Eine gesonderte Lese- oder Auswahlzeit wird nicht gewährt.
- Hilfsmittel: Rechtschreibwörterbuch, Fremdwörterlexikon

¹ Entsprechend der „Richtlinie über die Gewährung von Erleichterungen für neu zugewanderte Schülerinnen, Schüler und Prüflinge bei Sprachschwierigkeiten in der deutschen Sprache“ (MBISchul Nr. 08, 7. Oktober 2016, S. 60) werden für die betroffenen Prüflinge die folgenden Erleichterungen gewährt:

- Die Bearbeitungszeit wird um 30 Minuten auf **285 Minuten** erhöht.
- Ein nicht-elektronisches Wörterbuch Deutsch – Herkunftssprache / Herkunftssprache – Deutsch wird bereitgestellt.

2. Rückmeldebogen für die Zweiddurchsicht

Bitte umgehend ausfüllen und

- a) an die Schule senden, die die externe Zweiddurchsicht übernimmt,
oder ggf.
- b) an die Kollegin/den Kollegen geben, die/der die interne Zweiddurchsicht übernimmt.

Information für die Zweiddurchsicht

Fach:

Geschichte
auf grundlegendem Anforderungsniveau

Kurs-Nummer: _____

Bearbeitet wurden die folgenden Aufgaben:

Aufgaben-Nr.		Anzahl	
1	von		Prüflingen
2	von		Prüflingen
3	von		Prüflingen

3. Hinweise zu den Aufgaben

- Die Lehrkraft erhält **drei** Aufgaben zu unterschiedlichen Schwerpunkten und reicht alle an die Prüflinge weiter.
- Die Prüflinge wählen **eine** Aufgabe aus und bearbeiten diese.
- Sie vermerken auf dem Deckblatt und der Reinschrift, welche Aufgabe sie bearbeitet haben (**1, 2 oder 3**).

4. Hinweise zum Korrekturverfahren

- Die Korrekturen werden gemäß der „Richtlinie für die Aufgabenstellung und Bewertung der Leistungen in der Abiturprüfung“ (Abiturrichtlinie) in der geltenden Fassung vorgenommen.
- Die für das Fach zuständige Lehrkraft begutachtet die Arbeiten unter Beachtung zentraler Bewertungsvorgaben und unter Kennzeichnung ihrer Vorzüge und Mängel, der richtigen Lösungen und der Fehler und bewertet jede Arbeit mit einer Punktzahl (siehe Erstkorrekturbogen). Entwürfe können ergänzend zur Bewertung herangezogen werden.
- Jede Arbeit wird sodann von der zweiten Fachlehrkraft durchgesehen, die sich entweder (auf dem Erstkorrekturbogen) der Bewertung durch die für das Fach zuständige Lehrkraft anschließt oder (auf dem Zweiddurchsichtbogen) ein ergänzendes Gutachten mit Bewertung anfertigt.
- Die oder der Vorsitzende des Fachprüfungsausschusses legt die endgültige Punktzahl fest. Beträgt die Differenz der im Erstgutachten und im ergänzenden Gutachten erteilten Punktzahlen nicht mehr als drei Punkte, bildet sie oder er den Mittelwert beider Punktzahlen; eine gebrochene Zahl wird zur nächsten vollen Punktzahl aufgerundet. Beträgt die Differenz der im Erstgutachten und im ergänzenden Gutachten erteilten Punktzahlen mehr als drei Punkte, legt die oder der Vorsitzende des Fachprüfungsausschusses die endgültige Punktzahl in Auseinandersetzung mit den erstellten Gutachten entsprechend dem Erfordernis der Einheitlichkeit und Vergleichbarkeit der Bewertung der Prüfungsleistungen fest und begründet die Entscheidung auf dem Formular „Festlegung der Note bei einer Differenz der im Erstgutachten und im ergänzenden Gutachten erteilten Punktzahlen von mehr als drei Notenpunkten“.
- Die Bewertungsbögen und eine Berechnungstabelle für Teilnoten und die Endnote in der schriftlichen Abiturprüfung sind als Download zu finden auf der Plattform Prüfungen (vormals HERA) in LMS.

5. Erwartungshorizont und Bewertung

Vorbemerkung:

Eine vollständige Erarbeitung des Erwartungshorizontes ist nicht erforderlich. Inhaltlich zutreffende Ausführungen, die auf die Aufgabenstellung bezogen, aber im Erwartungshorizont nicht aufgeführt sind, sollen bei der Beurteilung angemessen berücksichtigt werden.

Aufgabe 1

Themenbereich: Staat und Nation in der deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts

Schwerpunkt: Die Weimarer Republik

Erwartungshorizont

Teilaufgabe 1.1

Fassen Sie M1 zusammen.

(Anforderungsbereich I, 30%)

In einer formalen Beschreibung des Materials erkennen die Schülerinnen und Schüler, dass es sich bei M1 um den pseudonym veröffentlichten Kommentar eines deutschen linken Journalisten handelt, der im dritten Jahr der Weimarer Republik bzw. kurz vor der Krise des Jahres 1923 veröffentlicht wurde. Die Schülerinnen und Schüler machen deutlich, dass Tucholsky für die Ermordung Rathenaus nicht bloß die Schützen, sondern auch andere Personen und Institutionen verantwortlich macht und die Tat als Teil einer Entwicklung sieht.

Unter Beibehaltung des Sinnes geben die Schülerinnen und Schüler strukturiert und auf das Wesentliche beschränkt die in M1 dargelegte Perspektive auf die Ermordung Rathenaus wieder. Dabei sollte zur Sprache kommen, dass Tucholsky

- Rathenaus Tod als ein Opfer für die Republik ansieht, die ihn nie geschützt habe,
- neben den Attentätern auch Kräfte für haftbar hält, die in der jüngsten deutschen Vergangenheit der Übernahme von Verantwortung ausgewichen wären, indem sie
 - die Unterzeichnung des Waffenstillstands Politikern der parlamentarischen Regierung und die des Friedensvertrags Politikern der Weimarer Republik überließen,
 - genau diesen Politikern mithilfe von Propaganda die Schuld an der desolaten Lage Deutschlands zuschoben hätten,
- zu den mittelbar Verantwortlichen für Rathenaus Ermordung ein Netzwerk von hohen (ehemaligen) Militärs, Industriellen und Großgrundbesitzern, die DNVP und die DVP sowie als Einzelperson Karl Helfferich zählt,
- der Regierung den Vorwurf macht, trotz Warnungen Rathenau nicht geschützt zu haben,
- in Frage stellt, ob erste Verbote gegen die politischen Aktivitäten der rechten Parteien ausreichend sein werden,
- auch der demokratischen Presse wegen ihrer unkritischen Berichterstattung eine Mitschuld gibt,
- sowohl die erwartbare Empörung über die politischen Brandstifter als auch die erwartbaren ehrenden Nachrufe auf Rathenau im Gegensatz dazu sieht, dass Republikfeinde in Polizei, Schuldienst und Verwaltung verblieben,
- daher dazu aufruft, Saboteure der demokratischen Republik aus Ämtern und von der Straße zu holen,
- Rathenaus Ermordung als Weckruf sieht, die Republik zu sichern, wenn die Demokraten sich dazu bereit zeigen.

Teilaufgabe 1.2

Ordnen Sie M1 in die Geschichte der Weimarer Republik ein.

(Anforderungsbereich II, 40%)

Die Schülerinnen und Schüler stellen M1 in den Zusammenhang vor allem der Anfangsjahre der Weimarer Republik. Unter steten Textbezügen entfalten sie eine triftige Narration, die nicht bloß chronologisch vorgeht, sondern auch kausale Verknüpfungen herstellt. Vollständigkeit wird hier nicht erwartet; entscheidend sind der sinnvolle Bezug zur Quelle und der Umfang der historischen Kenntnisse.

Die Schülerinnen und Schüler können etwa folgende der Quelle zu entnehmenden Aspekte aufnehmen und erläutern:

- *Rechte Propaganda:* Die verantwortlichen Eliten des Kaiserreichs übernahmen nicht die Verantwortung für den Krieg und die deutsche Niederlage, sondern die Nachfolger des alten Systems mussten sich den unabwendbaren Realitäten stellen: So unterzeichnete der Zentrumspolitiker Matthias Erzberger für die parlamentarische Regierung unter Max von Baden am 11. November 1918 das Waffenstillstandsabkommen, der Außenminister Hermann Müller (SPD) und der Verkehrsminister Johannes Bell (Zentrum) unterzeichneten am 28. Juni 1919 den Versailler Vertrag. Daraus entstanden Propagandalügen der Rechten, die während der gesamten Weimarer Republik Verwendung fanden. Die Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens beförderte die sogenannte Dolchstoßlegende, nach der das deutsche Heer militärisch unbesiegt, aber von den revolutionären Kräften in der Heimat verraten worden sei. Sie wurde auch von ehemaligen Vertretern der Obersten Heeresleitung verbreitet, die selbst auf einen Waffenstillstand gedrängt hatten. In diesem Zusammenhang wurden die ausführenden Politiker als „Novemberverschreiber“ bezeichnet und damit auch eine abwertende Verbindung zur linken Novemberrevolution geschaffen. Die Aufgabe, sich mit den Bestimmungen des Versailler Vertrags, vor allem mit der Reparationsfrage auseinanderzusetzen zu müssen, brachte den zuständigen demokratischen Politikern von rechter Seite den Schmähbegriff „Erfüllungspolitiker“ ein.
- *Antisemitismus:* Ob im Zusammenhang mit der Dolchstoßlegende oder mit der Reparationsfrage – die rechte Propaganda verwendete antisemitische Klischees, um Hass zu schüren und Menschen zu diskreditieren. Einerseits brachte die Weimarer Republik Juden in Deutschland die praktische Gleichberechtigung, andererseits radikalisierte sich der Antisemitismus: Der Jude Walther Rathenau wurde im Februar 1922 zum deutschen Außenminister ernannt, im Juni desselben Jahres wurde er von antisemitischen Nationalisten ermordet.
- *Politische Morde:* Der direkte Anlass für Kurt Tucholskys Text war die Ermordung Walther Rathenaus durch Mitglieder der rechtsradikalen Organisation Consul (OC), die 1920 nach dem gescheiterten Kapp-Putsch als Nachfolgeorganisation der Marinebrigade Ehrhardt entstanden war und als Geheimbund von dem Freikorpsmitgliedern und ehemaligen Marineoffizier Hermann Ehrhardt geführt wurde. Die OC wird für den Mord am früheren Reichsfinanzminister Matthias Erzberger am 26. August 1921 und den Mordversuch am ehemaligen Ministerpräsidenten Philipp Scheidemann am 4. Juni 1922 verantwortlich gemacht; angenommen wird auch die Täterschaft bei der Ermordung des bayerischen USPD-Politikers Karl Gareis am 9. Juni 1921. Die Attentate der OC stehen im Kontext der gezielten Ermordung politischer Gegner in der Weimarer Republik. Der deutsche Mathematiker und Publizist Emil Julius Gumbel (1891–1966) erfasst in seinem Buch „Vier Jahre politischer Mord“ (1922) für die Jahre 1918 bis 1922 376 politisch motivierte Morde, von denen 354 dem rechten, 22 dem linken Lager zugeordnet werden. Die ebenfalls von Gumbel dokumentierte Reaktion der Justiz auf die Verbrechen zeigt ebenfalls ein Missverhältnis zwischen rechts und links, denn linke Straftäter wurden ungleich härter bestraft als rechte. Daher wurde der Weimarer Justiz auch von Zeitgenossen unterstellt, auf dem rechten Auge blind zu sein.
- *Republikfeinde:*
 - DNVP: Die Deutschnationalen Volkspartei entstand aus unterschiedlichen rechten Parteien des Kaiserreichs, die mit der Neugründung die Interessen der alten Eliten vertreten wollten, sich gegen die Novemberrevolution stellten und sich nach der Rückkehr zur Monarchie sehnten. Trotz der Abspaltung eines Teils der deutschvölkischen Parteimitglieder 1922 gehörte der Antisemitismus weiterhin zu dieser Partei, die die Dolchstoßlegende verbreitete, deutsche Kolonien zurückforderte und 1925 Paul von Hindenburg bei der Reichspräsidentenwahl unterstützte. Durch das wachsende Medienimperium Alfred Hugenburgs hatte die Partei großen Einfluss

- auf die rechtsgerichtete Presse. Im Laufe der 1920er Jahre näherte sich die DNVP dem Weimarer System an und beteiligte sich an Reichsregierungen. Nach hohen Wahlverlusten radikalisierte sie sich erneut Ende der 1920er Jahre.
- DVP: Die Deutsche Volkspartei entstand als eine nationalliberale Partei aus Teilen sowohl der früheren Nationalliberalen Partei als auch der ehemaligen Fortschrittlichen Volkspartei. In ihrer Anfangszeit verurteilte sie die Novemberrevolution, plädierte für die Rückkehr zum Kaiserreich und zeigte ihre Ablehnung gegenüber der Weimarer Verfassung und der republikanischen Staatsform, indem sie sich z. B. für die kaiserlichen Reichsfarben „Schwarz-Weiß-Rot“ aussprach. Dem Kapp-Lüttwitz-Putsch 1920 stand sie deutlich positiver gegenüber als die DNVP. Im selben Jahr beteiligte sich die DVP zum ersten Mal an einer Reichsregierung, die sie aber bald wieder verließ, weil ihre Vertreter angesichts des Londoner Ultimatums (Reparationsfrage) nicht als „Erfüllungspolitiker“ wahrgenommen werden wollten. Bereits im November 1922 ging die DVP erneut in eine Reichsregierung, im August 1923 wurde der DVP-Vorsitzende Gustav Stresemann sogar Reichskanzler in einer neuen Koalition aus DVP, Zentrum, DDP und SPD. Die Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten und Stresemanns Beendigung des passiven Widerstands in der Ruhrkrise 1923 missfiel vielen DVP-Mitgliedern, die die Partei verließen und z. B. zur DNVP überliefen. Während Stresemann ein prägender Politiker der 1920er Jahre wurde, verlor seine Partei im weiteren Verlauf der Weimarer Republik immer mehr an Bedeutung.
 - Beamtenschaft und Öffentlicher Dienst: Tucholsky spricht in seinem Text die mangelnden personellen Veränderungen in den Bereichen Polizei, Schulsystem und Verwaltung an. Grundsätzlich hatte der ehemals kaiserliche Beamtenapparat mithilfe seiner Interessenvertretung bewirkt, dass in der Weimarer Verfassung eine Garantie des Berufsbeamtentums mit vielen der alten Privilegien festgelegt wurde. Aber bereits der von den rechten Parteien skandalisierte neue Amtseid auf die Reichsverfassung spiegelte die Haltung der Beamtenschaft gegenüber dem neuen Staat wider. Im Verlauf der 1920er Jahre wurden Bürokratiereformen durchgeführt, vor allem in Preußen, die in Teilen einen Personalaustausch erbrachten. Eine umfassende Demokratisierung des bürokratischen Apparats kam aber nicht zustande; Ansätze wurden in Preußen sogar durch die von Franz von Papen am 20. Juli 1932 durchgeführte Reichsexekution wieder rückgängig gemacht. Insgesamt blieben antidemokratische und antirepublikanische Einstellungen erhalten und die Anpassung an die neuen Machthaber ab 1933 gelang schnell.
 - Kapp-Putsch: Der Kapp-Lüttwitz-Putsch im März 1920 wurde von dem General von Lüttwitz angeführt, der mithilfe von Soldaten der sogenannten Brigade Ehrhardt und weiterer Freikorps die Reichsregierung aus Berlin vertrieb und den rechtsnationalen Wolfgang Kapp als Kanzler einsetzte. Hintergrund für den Putsch bildeten die intensive antirepublikanische Propaganda von rechts und die militärischen Bedingungen des Versailler Vertrags zu Heeresstärke und Auflösung der Freikorps. Das schnelle Scheitern des Putsches lag an dem von den Gewerkschaften verkündeten Generalstreik, dem sich die Reichsbeamten in Berlin insoweit anschlossen, als dass sie sich weigerten, Anordnungen der neuen Regierung umzusetzen. Dagegen lehnte der Chef des Generalstabs Hans von Seeckt es ab, Reichwehrsoldaten gegen die Putschisten einzusetzen. Gegen linke Unruhen war die Reichswehr einsatzbereit, gegen rechte Putschisten blieb sie überwiegend passiv.
 - *Reichswehrministerium*: Der von Tucholsky genannte Reichswehrminister Otto Geßler kann beispielhaft für die Problematik des Verhältnisses zwischen den politischen Verantwortlichen für das deutsche Militär und dem Offizierskorps der Reichswehr gesehen werden. Bereits unter seinem Vorgänger Gustav Noske hatte die Reichswehrführung während des Kapp-Lüttwitz-Putsches deutlich gemacht, dass sie nicht bereit war, gegen Freikorpsoldaten vorzugehen, mit der Bekämpfung linker Aufstände aber keine Probleme hatte. Während seiner achtjährigen Amtszeit sah Geßler sich eher als Bündnispartner der Reichswehr, nicht als deren Kontrolleur, und förderte damit die Einstellung der Reichswehr, ein Staat im Staate zu sein.
 - *Verordnungen zum Schutze der Republik und das Republikenschutzgesetz*: Tucholsky nennt bereits erlassene Verbote gegen staatsfeindliche Aktionen. Schon am 29. August und am 28. September 1921 waren nach der Ermordung des bayerischen Landtagsabgeordneten Karl Gareis (USPD) und der Ermordung des ehemaligen Reichsfinanzministers Matthias Erzberger vom Reichspräsidenten Friedrich Ebert Verordnungen zum Schutze der Republik erlassen worden, die antirepublikanische Aktivitäten (Versammlungen, Presse, Vereinsarbeit)

verhindern bzw. erschweren sollten. In Teilen hob der Reichstag diese im Dezember 1921 wieder auf, aber nach der Ermordung Rathenaus wurden sie erneuert, bis am 21. Juli 1922 das erste Republikschutzgesetz in Kraft trat. Es verbot staatsfeindliche Vereinigungen, Druckerzeugnisse sowie Versammlungen und verschärfte die Strafen für politisch motivierte Gewalttaten. Gleichzeitig galt ein neues Beamtengesetz, das die Beamten zur Verfassungstreue verpflichtete. Die Wirkung des Republikschutzgesetzes hing von dem Willen bzw. Engagement der einzelnen Länder ab; im Falle von Einzelpersonen wurden auch (vermeintlich) linke Personen verurteilt. Im Rahmen des Gesetzes fand eine Pressezensur statt, die auch linksgerichtete Publizisten treffen konnte.

Teilaufgabe 1.3

Überprüfen Sie anhand der weiteren Entwicklung der Weimarer Republik die in M2 vorgenommene Einschätzung der politischen Situation.

(Anforderungsbereich III, 30%)

Nach einer formalen Beschreibung von M2 (Autor, Veröffentlichungszeitpunkt, Gattung) machen die Schülerinnen und Schüler deutlich, dass Carl von Ossietzky als teilnehmender Beobachter der Trauerfeier für Walther Rathenau am 27.06.1922 von dem Ereignis tief beeindruckt ist. Angesichts der großen Anteilnahme der Bevölkerung sieht Ossietzky die Unterstützer der Republik durch die Mordtat stärker geeint als durch über Jahre publizierte republikfreundliche Schriften.

Mit Blick auf die weitere Entwicklung der Weimarer Republik beurteilen die Schülerinnen und Schüler Ossietzkys Aussagen mithilfe ihres eigenen Wissens. Dabei bieten sich unterschiedliche Momente und Aspekte der Folgejahre an, um zu überprüfen, wie es um die Einheit der „deutschen Republikaner“ stand, so z. B.:

- *Reaktionen auf die Ermordung Rathenaus*: Noch am Tag des Attentats verlas der Reichskanzler Joseph Wirth vom Zentrum in einer Reichstagssitzung eine „Verordnung zum Schutze der Republik“ des Reichspräsidenten, die am 26.06.1922 in Kraft trat. Zusammen mit einer weiteren Verordnung vom 29.06.1922 sollte so gegen antirepublikanische Versammlungen, Presse und Organisationen vorgegangen werden. Abgelöst wurden diese Verordnungen dann im Juli 1922 von dem Republikschutzgesetz, das in einer ersten Fassung bis 1929, in einer zweiten von 1930 bis 1932 galt. Das Republikschutzgesetz wurde in den deutschen Ländern sehr unterschiedlich angewandt, wie auch die Definition von „republikfeindlich“ nicht einheitlich war. Von der Einschränkung des Presserechts waren auch eher linksgerichtete Journalistinnen und Journalisten betroffen. Joseph Wirth hielt einen Tag nach dem Attentat eine viel beachtete Reichstagsrede, in der er deutlich machte, dass der Feind des demokratischen deutschen Staates rechts zu finden sei. Gleichzeitig fanden reichsweite Demonstrationen für die Republik statt.
- *Krisenjahr 1923*: Die unterschiedlichen Krisen des Jahres 1923 konnten bewältigt werden, vor allem wurden linke (Sowjet-Deutschland) und rechte (faschistische Diktatur) Umsturzversuche abgewehrt, die von der Bevölkerung nicht mitgetragen wurden. Eine Koalition von SPD, DDP, Zentrum und DVP zeigte sich handlungsfähig, wobei die SPD angesichts des fehlenden Vorgehens gegen die Rechtsregierung in Bayern, aber des Einsatzes der Reichswehr gegen die u. a. mit Kommunisten besetzten Landesregierungen in Thüringen und Sachsen unzufrieden war.
- *Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold*: Es wurde im Februar 1924 als überparteilicher Veteranen- und Wehrverband gegründet. Getragen wurde das Reichsbanner von Vertreterinnen und Vertretern der SPD, DDP und Zentrumspartei, es setzte sich für den Schutz der Republik und ihrer Verfassung ein. Im Verlauf der Weimarer Republik wurde es mit über 1,5 Millionen Mitgliedern die größte politische Massenorganisation.
- *Reichspräsidentenwahlen 1925/1932*: Zur Wahlniederlage Wilhelm Marx', des Kandidaten der Weimarer Koalition (SPD, Zentrum, DDP), kam es u. a. deshalb, weil Paul von Hindenburg auch jenseits des nationalkonservativen Lagers Zustimmung fand und die Bayerische Volkspartei ihn sogar öffentlich unterstützte. 1932 wurde Hindenburg dann der Kandidat der Republikaner gegen Adolf Hitler.
- *Kabinett Hermann Müller*: Die letzte parlamentarisch legitimierte Regierung endete am 27.03.1930. Die Koalition aus SPD, Zentrum, BVP, DDP und DVP litt von Beginn an unter den Parteiegoismen und scheiterte an einem Streit um die Arbeitslosenversicherung angesichts der Weltwirtschaftskrise.
- *Präsidialkabinette*: Die Wirtschaftskrise führte zur politischen Radikalisierung. Die Wahlerfolge

der extremen Parteien lähmten das Parlament, sodass die demokratischen Parteien die Präsidialkabinette duldeten; der Ausnahme- wurde zum Normalfall.

- *Regierungsbeteiligung der NSDAP*: Anfang 1930 wurde die NSDAP in Thüringen zum ersten Mal Teil einer Landesregierung in der Weimarer Republik; hierbei half die nationalliberale DVP.
- *Einschätzung der Lage Ende 1932*: Einerseits sahen demokratische Politiker und auch Teile der republikanischen Presse die NSDAP geschwächt, andererseits hielten die demokratischen Parteien an ihrer kompromisslosen Haltung fest, auch im Umgang mit Kurt von Schleicher, dem Nachfolger Franz von Papens als Reichskanzler, und dessen Ideen für eine soziale Politik.

Auf Grundlage ihrer Ausführungen kommen die Schülerinnen und Schüler zu einem eigenständigen, plausiblen und differenzierten Sachurteil.

Bewertung

Kriterien für eine gute Leistung:

Die Note „gut“ (11 Punkte) wird erteilt, wenn

- die Quelle M1 zutreffend beschrieben und ihr Inhalt korrekt, komprimiert und präzise zusammengefasst wird,
- M1 sachlich fundiert, umfassend und mit passenden Textbezügen in die Geschichte der Weimarer Republik eingeordnet wird,
- die in M2 dargestellte Einschätzung der politischen Situation präzise benannt wird, kenntnisreich und sinnvoll die weitere Entwicklung der Weimarer Republik nach Rathenaus Ermordung hinsichtlich der in M2 genannten Einschätzung überprüft und eine argumentativ schlüssige Beurteilung der Aussage in M2 entwickelt wird,
- die fachsprachlichen Formulierungen, insbesondere die Fachbegriffe, durchgängig differenziert und präzise verwendet werden,
- die Bezüge zu den Materialien und weiteren Positionen und Argumentationen sprachlich korrekt vorgenommen werden, z. B. durch Zitation, indirekte Rede, ggf. klare und durchgängige Unterscheidung von Fremd- und Eigenposition,
- die Ausführungen schlüssig strukturiert sind, d. h. z. B. eine erkennbare Gliederung, logische Argumentationszusammenhänge, klare Bezüge sowie eine Unterscheidung von zentralen und nebensächlichen Aspekten gegeben sind,
- die Ausführungen in eigener Sprache, korrekt und kompakt Sachverhalte und Positionen beschreiben und Argumentationen überzeugend zum Ausdruck bringen.

Kriterien für eine ausreichende Leistung:

Die Note „ausreichend“ (05 Punkte) wird erteilt, wenn

- die Kernaussagen der Quelle inhaltlich zumeist richtig und gedanklich nachvollziehbar zusammengefasst sind,
- M1 in Grundzügen in die Geschichte der Weimarer Republik eingeordnet wird,
- die in M2 dargestellte Einschätzung der politischen Situation ansatzweise benannt, die weitere Entwicklung der Weimarer Republik nach Rathenaus Ermordung hinsichtlich der in M2 genannten Einschätzung in Ansätzen überprüft und in der Beurteilung der in M2 gefällten Aussage über die politische Situation eine in Grundzügen noch nachvollziehbare eigene Position entwickelt wird,
- wichtige fachsprachliche Formulierungen, insbesondere die Fachbegriffe, überwiegend richtig verwendet werden,
- Bezüge zu den Materialien (z. B. durch Textverweise) hergestellt und ggf. Fremd- und Eigenposition teilweise unterschieden werden,
- die Ausführungen strukturierende Elemente enthalten, d. h. in der Regel ein Bezug zur Fragestellung, eine Gliederung nach Themen und Unterthemen sowie zumeist noch eine erkennbare Gedankenführung gegeben sind,
- die Ausführungen zumeist in eigener Sprache nachvollziehbar formuliert sind.

Bei erheblichen Mängeln in der sprachlichen Richtigkeit und der äußeren Form sind je nach Schwere und Häufigkeit der Verstöße bis zu zwei Notenpunkte der einfachen Wertung abzuziehen.

Aufgabe 2

Themenbereich: Staat und Nation in der deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts

Schwerpunkt: Die Weimarer Republik

Erwartungshorizont

Teilaufgabe 2.1

Fassen Sie M1 zusammen.

(Anforderungsbereich I, 30%)

Eingangs formulieren die Schülerinnen und Schüler, dass es sich um einen Ausschnitt aus den Memoiren eines deutschen Publizisten handelt, die vor oder zu Beginn des Zweiten Weltkriegs verfasst wurden. Sie erkennen, dass die Darstellung der Zustände des Jahres 1923 bis auf die kurze Erwähnung des Ruhrkampfes die wirtschaftliche Krise mit dem Phänomen der Hyperinflation schildert.

Die Schülerinnen und Schüler geben darüber hinaus strukturiert und auf das Wesentliche beschränkt die vom Autor genannten Merkmale der Krisensituation des Jahres 1923 wieder. Dabei sollte zur Sprache kommen, dass Haffner

- die Ereignisse des Jahres 1923 als singulär hervorhebt, weil
 - mit dem Verfall des Geldes auch eine Zersetzung der (gesellschaftlichen) Werte einhergegangen sei,
 - die wirtschaftliche Entwicklung eine wahnhafte Entgrenzung der Gesellschaft zur Folge gehabt habe, die für politische Extreme, von denen der Nationalsozialismus nur ein Beispiel sei, den Boden bereitet habe,
- die Inflation als eine rasante Vernichtung von Kapital (v. a. Sparguthaben) darstellt, die es durch groteske Preise in kurzer Zeit extrem erschwert habe, die Dinge des Alltags zu bezahlen,
- die plötzliche Börsenaffinität der Deutschen und das Wachstum des Aktienmarkts beschreibt, der für viele Menschen zum Fluchort vor der Inflation geworden sei, der aber durch Kursschwankungen viele auch in den Ruin getrieben habe,
- die Folgen der Inflation mit dem Gegensatz dahingehend illustriert, dass
 - einerseits vor allem die jungen und anpassungsfähigen Menschen die Situation zu ihren Gunsten genutzt und angesichts der Geldentwertung ein verschwenderisches Leben geführt hätten,
 - andererseits vor allem die alten und unflexiblen Menschen der Armut anheimgefallen seien, sodass das Betteln, Selbstmorde und Kriminalität stark zugenommen hätten,
- die Einführung der Rentenmark ein schnelles Ende der Krise gebracht habe, da die neue Währung zu stabilen Preisen geführt und den meisten Menschen ein wirtschaftlich wieder sicheres Leben ermöglicht habe.

Teilaufgabe 2.2

Erläutern Sie die von Sebastian Haffner genannten und weitere krisenhafte Erscheinungen von 1919 bis Ende 1923, die die Weimarer Republik bedrohten.

(Anforderungsbereich II, 40%)

Ausgehend von den in M1 bereits erwähnten Krisenerscheinungen verdeutlichen die Schülerinnen und Schüler anhand von zusätzlichen Informationen und Beispielen weitere Bedrohungen für die Weimarer Republik in dem genannten Zeitraum und stellen historische Sachverhalte durch Wissen und Einsichten in einen Zusammenhang. Wichtiger als eine chronologische Abfolge sind die Herstellung von temporalen und kausalen Verknüpfungen und die Bezugnahme auf M1. Vollständigkeit wird nicht erwartet; Maßstab muss sein, was Thema im Unterricht war.

Dabei gehen die Schülerinnen und Schüler etwa auf folgende Aspekte ein:

- **„Ruhrkrieg“/Ruhrkampf** (Januar bis September 1923): Dieser resultierte aus den Reparationsforderungen der Alliierten, die basierend auf dem Kriegsschuldartikel 231 des Versailler Vertrags im Londoner Ultimatum vom Mai 1921 festgelegt worden waren. Verzögerungen bei den Sachlieferungen auf Reparationskonto nahm Frankreich zum Anlass, um am 11.01.1923 das Ruhrgebiet zu besetzen. Die deutsche Regierung stoppte die Reparationszahlungen und rief zum passiven Widerstand auf, der von Sabotageakten begleitet wurde. Die französische Seite reagierte u. a. mit einem militärischen Vorgehen gegen Arbeitsverweigerer, Gefängnisstrafen und Gewalt (z. B. Essener Blutsamstag oder Dortmunder Bartholomäus-Nacht). Erst die große Koalition unter Gustav Stresemann sorgte für ein Ende des Ruhrkampfes am 26.09.1923.
- **(Hyper-)Inflation**: Zunächst war die langsam zunehmende Inflation eine Folge der Kriegskosten, doch auch die Umstellung von Kriegs- auf Friedenswirtschaft ließ den Finanzbedarf ansteigen, der angesichts der desaströsen wirtschaftlichen Lage aber nicht durch Steuern, sondern nur durch eine Erhöhung der Geldmenge bedient werden konnte. Die 1920 einsetzenden Reparationszahlungen (Konferenz von Boulogne) erhöhten den Druck, bis der Ruhrkampf dann – wie bei Haffner erwähnt – die (staatlich gewollte) Geldentwertung in einer nie dagewesenen Art und Weise vorantrieb – mit den in M1 beschriebenen Folgen.

Über die in M1 genannten Aspekte hinaus können folgende Ereignisse bzw. Phänomene zur Sprache kommen:

- **Versailler Vertrag**: Der am 28.06.1919 unterzeichnete Friedensvertrag stieß mit seinen Bestimmungen und der Form seines Zustandekommens in der deutschen Öffentlichkeit auf breite Ablehnung und wurde in der Rhetorik der deutschnationalen und extremen Rechten als „Schanddiktat von Versailles“ bezeichnet. Neben den territorialen Abtretungen, die sich auf die Wirtschaftsleistung der jungen Republik und damit auch auf die Geldwertentwicklung auswirkten, brachte ebenso der Kriegsschuldartikel 231, der Deutschland die alleinige Kriegsschuld zusprach, eine langfristige wirtschaftliche Schwächung Deutschlands, weil er die Begründung für die noch zu spezifizierenden Reparationszahlungen bildete.
- **Dolchstoßlegende**: Diese von republikfeindlichen und rechten Gruppen verbreitete Propagandalüge, nach der das deutsche Heer militärisch unbesiegt, aber von den revolutionären Kräften in der Heimat verraten worden sei, wurde öffentlichkeitswirksam auch von Paul von Hindenburg verbreitet, z. B. anlässlich eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu Schuldfragen im Weltkrieg (18.11.1919). Damit konnte der ehemalige Generalfeldmarschall die Verantwortung für die Niederlage und den folgenden Friedensvertrag von der OHL ablenken, obwohl sie es gewesen war, die angesichts eines nahenden militärischen Zusammenbruchs der deutschen Streitkräfte die Reichsführung zu Waffenstillstandsverhandlungen gedrängt hatte. In diesem Zusammenhang entstanden die rechten Propagandabegriffe „Novemberverschöcker“ und „Erfüllungspolitik“, die demokratische Politiker verunglimpfen sollten, die sich den Realitäten der außenpolitischen Machtverhältnisse stellen mussten.
- **Politische Morde**: Gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen links- und rechtsradikalen Gruppen z. B. in Straßenschlachten gab es in den ersten und den letzten Jahren der Weimarer Republik immer wieder. Als Steigerung dieser Gewalt kann die gezielte Ermordung politischer Gegner gesehen werden. Der deutsche Mathematiker und Publizist Emil Julius Gumbel (1891–1966) erfasst in seinem Buch „Vier Jahre politischer Mord“ (1922) für die Jahre 1918 bis 1922 376 politisch motivierte Morde, von denen 354 dem rechten, 22 dem linken Lager zugeordnet werden. Die ebenfalls von Gumbel dokumentierte Reaktion der Justiz auf die Verbrechen zeigt ebenfalls ein Missverhältnis zwischen rechts und links, denn linke Straftäter wurden ungleich härter bestraft als rechte. Daher wurde der Weimarer Justiz auch von Zeitgenossen unterstellt, auf dem rechten Auge blind zu sein. Zu den Ermordeten gehörten z. B. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg (15.01.1919), Kurt Eisner (21.02.1919), der ehemalige Reichsfinanzminister Matthias Erzberger (26.08.1921) und der Reichsaußenminister Walther Rathenau (24.06.1922).
- **Separatistenbewegung**:
 - **Rheinische Republik**: Bereits am 01.06.1919 hatte der Separatist Hans Adam Dorten in Wiesbaden die „Rheinische Republik“ mit französischer Unterstützung ausgerufen. Weil dieser Versuch, sich vom Deutschen Reich und Preußen zu lösen, aber nur wenig Anklang fand, scheiterte das Vorhaben bereits nach sieben Tagen. Die vor allem wirtschaftlich besondere Situation 1923 befeuerte erneut separatistische

Bestrebungen im Rheinland, die mit französischer Hilfe an vielen Orten (z. B. Aachen, Duisburg, Mönchengladbach, Bonn, Koblenz, Trier, Mainz) zur Ausrufung der „Rheinischen Republik“ und zur Besetzung von Rathäusern und anderen Verwaltungsgebäuden führten. Belgische Besatzungstruppen und deutsche Bürgermilizen stellten sich gegen die Separatisten, sodass die „Rheinische Republik“ Mitte November zusammenbrach.

- „Autonome Pfalz“: Am 12. November wurde in Speyer die „Autonome Pfalz“, die einen Verbund mit der „Rheinischen Republik“ bilden sollte, von dem pfälzischen Separatistenführer Franz Josef Heinz ausgerufen. Auch dieses separatistische Projekt wurde von den französischen Militärbehörden unterstützt. Während Frankreichs Vorgehen auf eine Schwächung Deutschlands und die Erweiterung des eigenen Einflussbereichs zielte, fürchtete Großbritannien um die eigenen Reparationsansprüche und übte so starken Druck auf Frankreich aus, dass die Vorhaben „Rheinische Republik“ im Dezember 1923 und „Autonome Pfalz“ im Februar 1924 eingestellt wurden.
- **Umsturzversuche:**
 - **Kapp-Lüttwitz-Putsch** (März 1920): Angeführt von General von Lüttwitz vertrieben Soldaten der sogenannten Brigade Ehrhardt und weiterer Freikorps die Reichsregierung aus Berlin und setzten den rechtsnationalen Wolfgang Kapp als Kanzler ein. Hintergrund für den Putsch bildeten die intensive antirepublikanische Propaganda von rechts und die militärischen Bedingungen des Versailler Vertrags zu Heeresstärke und Auflösung der Freikorps. Das schnelle Scheitern des Putsches lag an dem von den Gewerkschaften verkündeten Generalstreik sowie der Weigerung der Verwaltung, Anordnungen der neuen Regierung umzusetzen. Dagegen lehnte der Chef des Generalstabs Hans von Seeckt es ab, Reichswehrsoldaten gegen die Putschisten einzusetzen. Gegen linke Unruhen war die Reichswehr einsatzbereit, gegen rechte Putschisten blieb sie überwiegend passiv.
 - **Schwarze Reichswehr** (Oktober 1923): Sie bestand aus ehemaligen Soldaten der verbotenen Freikorps und Mitgliedern anderer rechter antirepublikanischer Organisationen. Die Reichswehr förderte diese geheime Vereinigung, die in mehreren Ländern des Reichs Verbände unterhielt. Den Umsturzversuch am 01.10.1923, der den „Marsch auf Rom“ Mussolinis aus dem Vorjahr zum Vorbild haben sollte, unterstützte die Reichswehr jedoch nicht, sodass sich danach die einzelnen Einheiten auflösten.
 - **Revolutionsoktobre** (Oktober 1923): Nach dem Beispiel der russischen Oktoberrevolution wollte die KPD zusammen mit linken Sozialdemokraten in Sachsen und Thüringen von dort ausgehend die Revolution durchführen. Dazu wurden Regierungen einer Einheitsfront und paramilitärische Truppen gebildet. Per Reichsexekution (Art. 48) und mithilfe der Reichswehr wurde der Putschversuch von der Reichsregierung schnell unterbunden. Auch eine zunächst reichsweit geplante kommunistische Revolte wurde in Hamburg von der Reichswehr niedergeschlagen.
 - **Hitler-Ludendorff-Putsch** (November 1923): Nach der Revolution und der Räterepublik waren Bayern und dessen Hauptstadt München zu Orten rechtsradikaler Ideologie und Republikfeindlichkeit geworden; die rechtskonservativen bayerischen Regierungen gingen auf Distanz zur Reichsregierung. Als der ehemalige Ministerpräsident Gustav von Kahr als Generalstaatskommissar mit besonderen politischen Vollmachten die Vollzugsverordnung des Republikschutzgesetzes (1922) für Bayern aussetzte und den abgesetzten Landeskommandanten der Reichswehr Otto von Lossow und dessen Landesverbände Bayern direkt unterstellte, war der Konflikt mit Berlin unausweichlich. Während sich aber General von Seeckt weigerte, gegen die bayerischen Reichswehreinheiten vorzugehen, drängte Adolf Hitler von Kahr und dessen Verbündete am 8. November 1923 zur Ausrufung der „Nationalen Revolution“, die – ebenfalls in Anlehnung an Mussolinis „Marsch auf Rom“ – einen politischen Umsturz in ganz Deutschland zum Ziel hatte. Doch von Kahr und die Anderen nahmen ihre Zustimmung schnell wieder zurück, sodass der Demonstrationszug am folgenden Tag ohne breiten politischen oder gar militärischen Rückhalt stattfand und von der Polizei mit Waffengewalt beendet wurde. Der involvierte Erich Ludendorff wie auch Hitler wurden verhaftet, der ehemalige Generalquartiermeister wurde freigesprochen, Hitler zu fünf Jahren Haft verurteilt, von denen er nur wenige Monate ableisten musste; als österreichischer Staatsbürger wurde er nicht ausgewiesen.

Teilaufgabe 2.3

Beurteilen Sie die Einschätzung in M2 zum Zustand der Weimarer Republik Ende des Jahres 1923. Gehen Sie dabei auch auf die Jahre bis zur Machtübernahme Adolf Hitlers ein.

(Anforderungsbereich III, 30%)

Eingangs formulieren die Schülerinnen und Schüler, dass Volker Ullrich sich mit seiner Deutung des Jahres 1923 gegen eine teleologische Geschichtsauffassung wendet. Er sieht die Ereignisse im Jahr 1923 also nicht als eine Vorkatastrophe, die zwingend in die Auflösung der Weimarer Republik in den 1930er Jahren führen musste; vielmehr hält er die Republik nach dem Krisenjahr für robust und belastbar.

Die Schülerinnen und Schüler beleuchten nun die Entwicklung der ersten deutschen Demokratie bis zur Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler, stellen Zusammenhänge her und fällen am Ende ein triftiges Sachurteil. Dabei können Sie sich z. B. mit der Kontinuität von Gefahren und mit neuen Gefahren auseinandersetzen, denen die Weimarer Republik ausgesetzt war.

- Kontinuität der Gefahren:
 - Versailler Vertrag und Reparationsfrage: Wie im Jahr 1923 war der Versailler Vertrag neben den territorialen und militärischen Beschneidungen vor allem durch die Reparationsforderungen weiterhin eine Belastung für die Entwicklung der Weimarer Republik. Einerseits nutzte vor allem die extreme Rechte Vereinbarungen zur Reparationsfrage für ihre Propaganda (vor allem beim Young-Plan); andererseits war mit der Konferenz von Lausanne 1932 die Reparationsfrage vor Hitlers Kanzlerschaft bereits abschließend mit einer für Deutschland günstigen Abschlusszahlung geklärt.
 - Republikfeinde:
 - Kommunisten: Auch nach 1923 blieb die KPD in Fundamentalopposition zum politischen und wirtschaftlichen System der Weimarer Republik und arbeitete auf ein Sowjet-Deutschland hin. Im Kampf auf der Straße waren die SA, aber auch das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold die Gegner des Roten Frontkämpferbunds. In der Endphase der Republik fehlte der Führung der KPD (wie auch der der SPD) der Wille, gemeinsam mit anderen antifaschistischen Kräften die Gefahr einer nationalsozialistischen Machtübernahme abzuwenden.
 - Nationalsozialisten: Nach dem missglückten Putschversuch 1923 wurde die NSDAP verboten. Hitler, obwohl zu fünf Jahren Haft verurteilt, konnte bereits am 20.12.1924 das Gefängnis verlassen und gründete im Februar 1925 die Partei neu. In der Ende der 1920er Jahre schnell wachsenden SA fanden sich viele Personen aus dem ehemaligen Freikorpsmilieu wieder.
 - Nationalkonservative: Mit ihrer Reichstagsfraktion blieb die DNVP die parlamentarische Stimme für die nationalkonservativen und monarchistischen Kreise, verlor aber an Bedeutung, je mehr sich die NSDAP zu einer Volkspartei entwickelte.
 - Justiz, Reichswehr: Auch nach 1923 zeigten Gerichtsurteile und die Positionierung der Reichswehr, dass rechtskonservative und monarchistische Einstellungen in staatstragenden Organen noch weit verbreitet waren.
 - Gewalt: Politische Morde und Putschversuche hatten Gewalt als Mittel der innenpolitischen Auseinandersetzung etabliert. Sie kehrte in der Endphase der Weimarer Republik wieder, teilweise in anderen Erscheinungsformen wie Straßenkämpfen und inszenierten Saalschlachten. Dabei standen sich die paramilitärischen Vereinigungen der unterschiedlichen politischen Richtungen gegenüber.
- Neue Gefahren:
 - Republikfeinde:
 - Nationalsozialisten: Nach der Neugründung sollte gegen Demokratie und Republik auf legalem Wege vorgegangen werden. Dadurch konnte die Parteipropaganda breitere Wählerschichten ansprechen, und durch das Bündnis mit den Nationalkonservativen sich bei bestimmten Themen, z. B. dem Volksentscheid gegen den Young-Plan, durch Alfred Hugenburgs Medienunternehmen als reichsweite Partei etablieren. Mit weiteren Parteiorganisationen sickerte die NS-Ideologie langsam in die Gesellschaft,

so dominierte z. B. der NS-Studentenbund (NSStB) Anfang der 1930er Jahre an vielen Universitäten die Studentenschaft. Angesichts wirtschaftlicher und politischer Krisenerscheinungen bediente die NSDAP die Sehnsucht nach einer starken Ordnungsmacht.

- Nationalkonservative: Die von Alfred Hugenberg initiierte Harzburger Front (Oktober 1931) versuchte die politische Rechte zu vereinigen. Im Sinne seines alleinigen Machtanspruchs blieb Hitler zu dieser Sammlungsbewegung auf Distanz.
- Republikfreunde: Die republikfreundlichen Parteien schafften es nicht, Kompromisse zu finden. So scheiterte im März 1930 das letzte vom Reichstag legitimierte Kabinett.
- Wirtschaft: Die Weltwirtschaftskrise beendete den wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands und führte zu einer Massenarbeitslosigkeit, die eine politische Radikalisierung mit sich brachte, die durch die Spar- und Deflationspolitik Heinrich Brüning noch befeuert wurde.
- Politisches System:
 - Verfassung: Mit der wirtschaftlichen ging eine Verfassungskrise einher, denn angesichts der politischen Radikalisierung und der Machtverhältnisse im Reichstag kam es zu einer Etablierung der Präsidialkabinette, die mit Notverordnungen regierten, was eigentlich für den Ausnahmefall gedacht war.
 - Politik der Präsidialkabinette: Während Brüning mit einem SA-Verbot noch gegen die Republikfeinde von der rechten Seite vorging, hob sein Nachfolger Franz von Papen das Verbot auf und ließ die von rechts geforderten Neuwahlen im Juli 1932 durchführen. Gleichzeitig setzte er die republikfreundliche Regierung in Preußen per Notverordnung ab.
 - Reichspräsident: Bei der ersten Wahl noch ein Kandidat der Rechten, wurde Paul von Hindenburg 1932 von den republikfreundlichen Parteien unterstützt, die eine Wahl Hitlers verhindern wollten. Seine ablehnende Haltung gegenüber Hitler wurde durch von Papens Vermittlungstätigkeiten zwischen Industriellen und der NSDAP-Führung sowie durch die Einflussnahme der sogenannten Hofkamarilla aufgeweicht.

Auf Grundlage ihrer Ausführungen kommen die Schülerinnen und Schüler zu einem eigenständigen, plausiblen und differenzierten Sachurteil.

Bewertung

Kriterien für eine gute Leistung:

Die Note „gut“ (11 Punkte) wird erteilt, wenn

- die Darstellung M1 zutreffend beschrieben und ihr Inhalt korrekt, komprimiert und präzise zusammengefasst wird,
- die in M1 genannten und weitere krisenhaften Erscheinungen sachlich fundiert; umfassend und unter stetem Textbezug erläutert werden,
- die in M2 dargestellte Position präzise benannt und eine argumentativ schlüssige Beurteilung entwickelt wird,
- die fachsprachlichen Formulierungen, insbesondere die Fachbegriffe, durchgängig differenziert und präzise verwendet werden,
- die Bezüge zu den Materialien und weiteren Positionen und Argumentationen sprachlich korrekt vorgenommen werden, z. B. durch Zitation, indirekte Rede, ggf. klare und durchgängige Unterscheidung von Fremd- und Eigenposition,
- die Ausführungen schlüssig strukturiert sind, d. h. z. B. eine erkennbare Gliederung, logische Argumentationszusammenhänge, klare Bezüge sowie eine Unterscheidung von zentralen und nebensächlichen Aspekten gegeben sind,
- die Ausführungen in eigener Sprache, korrekt und kompakt Sachverhalte und Positionen beschreiben und Argumentationen überzeugend zum Ausdruck bringen.

Kriterien für eine ausreichende Leistung:

Die Note „**ausreichend**“ (05 Punkte) wird erteilt, wenn

- der Zeitungsartikel M1 hinreichend komprimiert und zumeist sachlich richtig zusammengefasst wird,
- in Grundzügen die in M1 genannten und weitere krisenhafte Erscheinungen aus dem Zeitraum 1919 bis 1923 zumeist zutreffend erläutert werden,
- die in M2 dargestellte Position zum Jahr 1923 ansatzweise benannt und eine in Grundzügen noch nachvollziehbare eigene Position entwickelt wird,
- wichtige fachsprachliche Formulierungen, insbesondere die Fachbegriffe, überwiegend richtig verwendet werden,
- Bezüge zu den Materialien (z. B. durch Textverweise) hergestellt und ggf. Fremd- und Eigenposition teilweise unterschieden werden,
- die Ausführungen strukturierende Elemente enthalten, d. h. in der Regel ein Bezug zur Fragestellung, eine Gliederung nach Themen und Unterthemen sowie zumeist noch eine erkennbare Gedankenführung gegeben sind,
- die Ausführungen zumeist in eigener Sprache nachvollziehbar formuliert sind.

Bei erheblichen Mängeln in der sprachlichen Richtigkeit und der äußeren Form sind je nach Schwere und Häufigkeit der Verstöße bis zu zwei Notenpunkte der einfachen Wertung abzuziehen.

Aufgabe 3

Themenbereich: Krisen, Umbrüche und
Modernisierungsprozesse in Wirtschaft und
Gesellschaft

Schwerpunkt: Wirtschaft und Gesellschaft in der
Bundesrepublik Deutschland 1949–1990

Erwartungshorizont

Teilaufgabe 3.1

Fassen Sie M1 zusammen.

(Anforderungsbereich I, 30%)

Die Schülerinnen und Schüler beschreiben eingangs das gegebene Material und erkennen, dass es sich um einen Artikel aus einer deutschen liberalen Wochenzeitung handelt, der zur Zeit der Ölkrise erschien. Als Grundtenor erkennen sie eine alarmierte Reaktion auf die Herausforderungen der Wirtschaftskrise infolge des Ölpreisschocks 1973. Der Verfasser Rudolf Herlt warnt davor, die Gefahren der Inflation zu unterschätzen. Seine Argumentation lässt sich wie folgt resümieren:

Als aktuellen Anlass für den vorliegenden Artikel führt Herlt die mit 14% Lohnerhöhung und vier zusätzlichen Urlaubstagen ausgesprochen weitreichenden und zugleich aussichtsreichen Forderungen der IG Metall für die Eisen- und Stahlindustrie in Nordrhein-Westfalen an – Herlt zufolge ein fatales Signal für die weitere wirtschaftliche Entwicklung.

Herlt sieht den aktuellen Arbeitskampf besonders problematisch vor folgendem Hintergrund:

- aktuelle Berechnungen des Bundeswirtschaftsministers, der maximal 9,5% Lohnsteigerung als wirtschaftlich vertretbar erachte, sowie
- eine wirtschaftlich prekäre Situation, in welcher der Bundesfinanzminister die Politik zum Sparen anhalte und der Bundesbankpräsident mit hohen Zinsen für eine Geldverknappung Sorge.

In seiner Argumentation gegen Lohnerhöhungen verweist Herlt auf verschiedene Krisenerscheinungen:

- Die steigende Inflation, die mittlerweile antizipativ in Lohnforderungen eingepreist werde, ziehe Arbeitslosigkeit und eine Rezession nach sich. Während die geringe Inflation in den 1960er Jahren noch hinzunehmen gewesen sei, handelten Politiker und Ökonomen nun fahrlässig, wenn sie die Gefahr der Inflation weiter bagatellisierten.
- Die Ölpreiskrise habe eine wirtschaftliche Instabilität gezeitigt: 1) Die Kauflust sei zurückgegangen, 2) Unternehmen meldeten zunehmend Konkurs an, 3) die Arbeitslosigkeit steige, 4) Banken brächen zusammen.
- Zugleich lägen mehrere Bedrohungen vor: 1) Einsparungen infolge des Ölpreisschocks könnten zu Einfuhrbeschränkungen führen, welche der exportabhängigen Bundesrepublik schaden könnten. 2) Geschätzte 600 Mrd. Dollar der Ölförderländer könnten die Finanzmärkte des Westens fluten. 3) Es bestehe eine – angesichts der im Ausland weniger ausgeprägten Inflationssensibilität allerdings eher geringe – Gefahr, dass der multinationale Kampf gegen die Inflation die Weltwirtschaft in eine Rezession treibe.

Einschränkend zur Darstellung der Krise räumt Herlt zugleich ein:

Während die Bankenschließungen an die Weltwirtschaftskrise erinnerten, gebe es deutliche Unterschiede zu 1931, die Mut machten:

- 1) eine internationale Inflation im Unterschied zu Brünnings nationaler Deflationspolitik,
- 2) mehr wirtschaftswissenschaftliche Expertise,
- 3) mehr internationale Kooperation der Regierungen und Solidarität der Notenbanken.

Herlt schließt mit einem Aufruf, dass die Bundesregierung angesichts der ökonomischen Bedrohungslage den Kampf gegen die Inflation weiter konsequent verfolgen solle – gegen den Druck von Regierungen aus dem Ausland und der Gewerkschaften im Inland.

Teilaufgabe 3.2

Ordnen Sie M1 in die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland ein.

(Anforderungsbereich II, 40%)

Die Schülerinnen und Schüler ordnen die Krise der 1970er Jahre grob in die dritte wirtschaftliche Phase der Bundesrepublik Deutschland ein. Zu den drei Phasen können die nachfolgenden Aspekte angeführt werden; für eine überzeugende Einordnung müssen jedoch keinesfalls alle Punkte genannt werden. Gleiches gilt für die im Weiteren aufgeführten Zahlen zur wirtschaftlichen Entwicklung: Sie müssen nicht angeführt werden, sie dienen hier lediglich der bewertenden Lehrkraft zur Orientierung. Vollständigkeit wird nicht erwartet, ausschlaggebend ist, was im Unterricht Thema war.

1. Phase: Aufbaujahre und Wirtschaftswunder (1949–1966)

Voraussetzungen

- In der unmittelbaren Nachkriegszeit beendete die Währungsreform von 1948 die Hyperinflation und wurde zum zentralen Faktor für die Konsolidierung der Wirtschaft.
- Das 1948 erstmals von Ludwig Erhard (CDU) vorgestellte Modell der Sozialen Marktwirtschaft wirkte stabilisierend.
- Zwischen 1948 und 1952 gingen 1,4 Milliarden Dollar Wiederaufbauhilfe an Westdeutschland (European Recovery Program / Marshallplan) und wurden für Importe aus den USA verwendet. Zugleich erleichterte die OEEC zur Koordination des ökonomischen Wiederaufbaus der Bundesrepublik Deutschland die Reintegration in den europäischen Handel.
- Korea-Boom: Der Konflikt (1950 bis 1953) führte weltweit zu einem Anstieg der Nachfrage nach Rohstoffen, Industrieprodukten und Waffen, wovon insbesondere die westdeutsche Wirtschaft profitierte, die kriegswichtige zivile Güter produzierte.
- Die 1952 in Kraft getretene EGKS ging mit einer Aufhebung alliierter Restriktionen der Stahlproduktion einher und erlaubte der Bundesrepublik Deutschland eine Steigerung der Steinkohle- und Rohstahlerzeugung. Die Integration der sechs EGKS-Staaten wurde mit der EWG 1957 fortgesetzt und führte zu einem beschleunigten Wachstum des Handels innerhalb der Gemeinschaft.
- Die Anfänge der Sozialpartnerschaft (Mitbestimmungsgesetz für die Montanindustrie 1951, Betriebsverfassungsgesetz 1952) wirkten stabilisierend.

„Wirtschaftswunder“ (seit 1952)

- Jährliche Steigerungsraten des BSP von durchschnittlich 7,6%.
- Die Bundesrepublik Deutschland rückte Mitte der 1950er Jahre auf den dritten und 1960 auf den zweiten Rang unter den Welthandelsnationen vor.
- Strukturwandel: Während der Anteil der Landwirtschaft an der Beschäftigung sank, verbesserten sich die Beschäftigtenzahlen in der Industrie und im Dienstleistungssektor. Motor der industriellen Expansion waren die Chemieindustrie, der Maschinenbau, die Automobilindustrie und die Elektrotechnik.
- Rückgang der Arbeitslosigkeit: In den frühen 1950er Jahren war die Arbeitslosigkeit zunächst hoch (1950: ca. 11 %). Millionen Flüchtlinge aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten strömten in den westdeutschen Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosigkeit sank ab 1955 rapide, bis 1960 nahezu Vollbeschäftigung erreicht wurde. Die Bundesrepublik Deutschland begann bereits in den 1950er Jahren, den Arbeitskräftebedarf mit der Anwerbung von sog. Gastarbeitern zu decken.
- Der Lebensstandard der Bevölkerung stieg stark an. Der private Konsum nahm zu und das Wirtschaftswunder wurde durch den Erwerb von Konsumgütern wie Autos, Fernsehern und Haushaltsgeräten sichtbar.

2. Phase: Erste konjunkturelle Einbrüche und Rezession 1966/67

Ursachen

- Überhitzung der Konjunktur: In den Jahren vor 1966 hatte eine gestiegene Nachfrage nach Investitionsgütern und Baumaßnahmen zu Kapazitätsengpässen und steigenden Preisen geführt. Die Inflationsrate lag 1965 und 1966 jeweils bei etwa 3–4 % – für die damaligen Verhältnisse hoch.

- Restriktive Geldpolitik: Die Bundesbank erhöhte die Zinsen, um die steigende Inflation zu bekämpfen. Dies dämpfte die Investitionstätigkeit der Unternehmen.
- Staatliche Sparpolitik: Die Bundesregierung reduzierte die Staatsausgaben, was die Nachfrage zusätzlich belastete.

Krisensymptome

- Vor der Krise herrschte nahezu Vollbeschäftigung. Während der Rezession 1966/67 stieg die Arbeitslosenquote auf etwa 2,2 %, was nach den Maßstäben der 1950er Jahre bereits als kritisch wahrgenommen wurde.
- Die Wachstumsraten der Bundesrepublik Deutschland gingen erstmals deutlich zurück: 1966 schrumpfte die Wirtschaft geringfügig und wuchs 1967 nur um 1,2 %. Die industrielle Produktion stagnierte. Besonders betroffen waren die Bauwirtschaft und die stark exportabhängige Maschinenbauindustrie.

Reaktionen der Politik

- Mit dem Stabilitätsgesetz von 1967 führte die Große Koalition ein Instrumentarium ein, um konjunkturellen Schwankungen mit antizyklischen Maßnahmen wie Investitionsprogrammen und steuerlichen Erleichterungen entgegenzuwirken. Die Wirtschaft wurde erfolgreich belebt.
- Unter dem Namen „Konzertierte Aktion“ trafen sich Vertreter des Staates und der Tarifparteien, um ihre wirtschaftspolitischen Interessen aufeinander abzustimmen (vgl. auch M1);
- Diese keynesianische Wirtschaftspolitik hatte Erfolg: Die Rezession wurde rasch überwunden, bis in die frühen 1970er Jahre hinein verzeichnete die Bundesrepublik Deutschland ein stabiles Wirtschaftswachstum. 1973 betrug es 4,7 % des BIP.

3. Phase: Die Wirtschaftskrise der 1970er Jahre

Ursachen

- Internationale Faktoren:
 - Zentraler Auslöser (vgl. M1) war die Ölpreiskrise 1973: Infolge des Jom Kippur-Kriegs mit Israel reduzierten die OPEC-Staaten die Liefermengen und führten eine Vervierfachung der Ölpreise herbei.
 - Das Ende des Bretton-Woods-Systems 1971 brachte starke Währungsturbulenzen. Die US-Regierung beendete mit der Einlösepflicht der Leitwährung Dollar in Gold auch die festen Wechselkurse der übrigen Mitgliedsländer gegenüber dem Dollar. Die damit verbundene Aufwertung der Deutschen Mark verteuerte deutsche Exporte.
- Strukturelle Probleme: Die deutsche Wirtschaft war stark exportabhängig und anfällig für globale Krisen. Die wachsende Konkurrenz aus Asien setzte der traditionellen Industrie zu.
- Demografische Faktoren: Der Babyboom der 1950er und 1960er Jahre führte in den 1970er Jahren zu einem Zustrom junger Menschen auf den Arbeitsmarkt, was die Arbeitslosigkeit erhöhte.

Krisensymptome

- Inflation (in M1 als zentrales Problem identifiziert): Die 1970er Jahre waren von einem starken Anstieg der Inflation geprägt. Bereits vor der Ölpreiskrise stieg die Inflation durch eine expansive Fiskalpolitik und hohe Lohnerhöhungen. Nach der ersten Ölpreiskrise 1973 eskalierte die Situation: Die Inflation erreichte 7,0 %.
- Arbeitslosigkeit (vgl. ebenso M1): Die Ölkrise ließ die Arbeitslosigkeit rapide ansteigen – auf 4,7 % (ca. 1,1 Millionen Arbeitslose) 1975; dies war die höchste Arbeitslosenquote seit den frühen 1950er Jahren und wurde als einschneidendes Ereignis wahrgenommen.
- Wirtschaftswachstum: Die Ölkrise (vgl. M1) führte zu einem drastischen Einbruch der Wachstumsraten (1973: 5,3 %; 1975: -1,2 %). Die Investitionen sanken, da die Unternehmen durch steigende Energie- und Rohstoffpreise belastet wurden.
- Stagflation: Die gleichzeitige Kombination von stagnierendem Wirtschaftswachstum, hoher Inflation und steigender Arbeitslosigkeit war prägend für die 1970er Jahre. Diese Entwicklung stellte die klassische Wirtschaftspolitik vor ein Dilemma: Maßnahmen zur Bekämpfung der Inflation (z. B. Zinserhöhungen) verschärften die Arbeitslosigkeit (vgl. M1), während expansive Maßnahmen zur Senkung der Arbeitslosigkeit die Inflation weiter anheizten.

Reaktionen

- Konjunkturpolitik: Hans Apel (SPD, Bundesfinanzminister 1974–1978), reagierte zweigleisig: mit einer Konsolidierungspolitik für den Haushalt (vgl. M1) und umfangreichen staatlichen Investitionsprogrammen (z. B. Ausbau der Infrastruktur und Förderung der Industrie), die jedoch zu einer steigenden Staatsverschuldung führten.

- Energiepolitik: Die Bundesrepublik Deutschland bemühte sich, die Abhängigkeit von Ölimporten zu reduzieren, u. a. durch den Ausbau der Kernenergie und die Förderung erneuerbarer Energien.
- Lohnpolitik: Es wurde versucht, die Lohnentwicklung zu dämpfen, um die Inflation zu kontrollieren. Dies führte teilweise zu Spannungen mit den Gewerkschaften, die fordernd auftraten (vgl. M1).
- Sozialstaatliche Maßnahmen: Der Ausbau des Sozialstaats wurde fortgesetzt, insbesondere im Bereich der Arbeitslosenversicherung.

Als besondere Leistung kann gelten, wenn Schülerinnen und Schüler Zusammenhänge zwischen den einzelnen Phasen aufzeigen, Kausalitäten verdeutlichen, eine eigenständige kategoriale Gliederung vornehmen (z. B. Voraussetzungen, Merkmale und politische Weichenstellungen einer Phase) und dabei auch die Schwerpunktsetzung bzw. die Auslassungen in M1 thematisieren.

Teilaufgabe 3.3

Überprüfen Sie, inwiefern die in M1 dargelegten Krisenfaktoren auf wirtschaftlicher und politischer Ebene einen Umbruch in der Bundesrepublik Deutschland einleiteten.

(Anforderungsbereich III, 30%)

Die Schülerinnen und Schüler wägen im Rückbezug auf M1 und die in Teilaufgabe 3.2 angeführte Phasierung Argumente für und wider die Einschätzung eines Umbruchs ab und gelangen zu einem differenzierten Urteil. Die Schülerinnen und Schüler können sich auf folgende fünf Krisenfaktoren aus M1 beziehen:

1. Die wirtschaftliche Entwicklung wird unsicher („Wohlstand ist zerbrechlich geworden“)

Im Bereich Wirtschaft

- Pro: Für einen Umbruch spricht, dass die Krise der 1970er Jahre einen Wendepunkt markierte, da sie das Ende des Nachkriegsbooms und der „goldenen Jahre“ der Vollbeschäftigung bedeutete.
- Kontra: Dagegen spricht, dass die Wirtschaft sich rasch erholte: Die Wachstumsrate des BSP sank zwar 1975 auf einen Tiefpunkt von -1,2 %, stieg aber bereits im Folgejahr wieder auf 5,5 %. Positiv entwickelte sich die Außenwirtschaft mit der EG und, begünstigt durch die Ostverträge, mit den Staaten Osteuropas.

Im Bereich Politik

- Pro: Die Wirtschaftskrise schwächte das Ansehen des Bundeskanzlers Willy Brandt, der 1974 offiziell wegen der Guillaume-Affäre zurücktrat, aber auch durch die wirtschaftliche Unsicherheit unter Druck geraten war. Die Unzufriedenheit der FDP mit der sozialdemokratisch geprägten Krisenpolitik von Brandts Nachfolger Helmut Schmidt führte 1982 zum Bruch der sozial-liberalen Koalition und zur Bildung einer konservativ-liberalen Regierung unter Helmut Kohl, die einen stärker marktliberalen Kurs verfolgte.
- Kontra: Es kam zu keinem radikalen Umbruch in der politischen Landschaft, wie er in anderen Ländern (z. B. Großbritannien unter Thatcher) zu beobachten war. Zudem erfolgten die Machtwechsel geordnet und im Rahmen der demokratischen Institutionen.

2. Steigende Inflation

Im Bereich Wirtschaft

- Pro: Die expansive Fiskalpolitik und die staatlichen Konjunkturprogramme, die seit der Krise 1966/67 zur Stabilisierung herangezogen wurden, gerieten zunehmend in die Kritik. In den späten 1970er und insbesondere in den 1980er Jahren setzte sich unter Kohl ein angebotsorientierter Ansatz durch, der auf Haushaltskonsolidierung, Deregulierung und Marktmechanismen setzte.
- Kontra: Die inflationären Tendenzen konnten überwunden werden – die Inflation ging 1976 zurück und stieg erst 1979 wieder – doch nur für drei Jahre in Folge.

3. Abhängigkeit vom Erdöl der OPEC-Staaten

Im Bereich Wirtschaft

- Pro: Der gestiegene Ölpreis führte zu einer Suche nach Alternativen. Die Nutzung von Kohle und Kernenergie wurde forciert, um die Abhängigkeit von Ölimporten zu verringern.
- Kontra: Nachhaltige Wirtschaftspolitik blieb zunächst ein Randthema und wurde erst in späteren Jahrzehnten zu einem Kernbereich der Politik.

Im Bereich Politik

- Pro: Die Umweltbewegung gewann an Bedeutung. Das Schlagwort „Grenzen des Wachstums“ (Club of Rome, 1972), wurde verbunden mit wachsender Kritik an Umweltverschmutzung, Raubbau an der Natur und den Risiken der Kernenergie. Die Grünen, gegründet 1980, wurden zur politischen Stimme dieser Bewegung. Friedensbewegungen und Anti-Atomkraft-Proteste, die eng mit Umweltfragen verknüpft waren, erlangten ebenfalls Einfluss.
- Kontra: Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland blieb trotz der Veränderungen stabil; so erfolgte auch der Aufstieg der Grünen schrittweise und ergänzte das politische Spektrum, ohne es fundamental zu verändern.

4. Gewerkschaften überfordern die Wirtschaft mit ihren Forderungen

Im Bereich Wirtschaft

- Pro: Die Gewerkschaften forderten starke Lohnsteigerungen, um den Kaufkraftverlust durch die Inflation auszugleichen, und verschärften so die Krise, die für den Umbruch steht. Sie stellten damit auch die Sozialpartnerschaft infrage, die seit den 1950er Jahren existierte.
- Kontra: In den späten 1970er Jahren wurde den Gewerkschaften jedoch klar, dass übermäßige Lohnforderungen die Krise verschärften. Daher setzten sie zunehmend auf tarifliche Flexibilität, Arbeitszeitverkürzung (35-Stunden-Woche) und moderatere Lohnabschlüsse, um Arbeitsplätze zu sichern. So trugen sie zu einer Eindämmung der Krise bei.

5. Drohende Massenarbeitslosigkeit

Im Bereich Wirtschaft

- Pro: Die Krise trieb die Zahl der Arbeitslosen nach oben; mit Ausnahme eines kurzen Abfalls zwischen 1978 und 1980 stieg die Zahl der Arbeitslosen stetig an und untermauerte damit die Abkehr von den „goldenen Jahren“.

Im Bereich Politik

- Kontra: Um die Arbeitslosigkeit aufzufangen, wurde der Sozialstaat nicht abgebaut, sondern in vielen Bereichen sogar ausgebaut: Trotz steigender Staatsverschuldung setzte die Regierung Schmidt auf eine Stabilisierung der sozialen Sicherheit, z. B. durch die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung.

Abschließend kommen die Schülerinnen und Schüler zu einem nachvollziehbaren Urteil. Als besondere Leistung kann gelten, wenn sie Zusammenhänge zwischen den einzelnen Aspekten aufzeigen, kurz-, mittel- und langfristige Folgen unterscheiden und die einzelnen Aspekte hinsichtlich ihrer Bedeutsamkeit plausibel gewichten, bevor sie zu einem nuancierten Urteil gelangen.

Bewertung

Kriterien für eine gute Leistung:

Die Note „gut“ (11 Punkte) wird erteilt, wenn

- der Zeitungsartikel M1 zutreffend beschrieben und sein Inhalt korrekt, komprimiert und präzise zusammengefasst wird,
- die Wirtschaftskrise von 1973/74 unter Rückbezug auf M1 sachlich durchgehend richtig, differenziert und mit stetem Textbezug in die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik eingeordnet wird,
- ausgehend von einer präzisen Bezugnahme auf die Aussagen von M1 im Rahmen der Überprüfung ein im Hinblick auf die historischen Ereignisse durchgehend korrektes Sachurteil verfasst wird,
- die fachsprachlichen Formulierungen, insbesondere die Fachbegriffe, differenziert und korrekt verwendet werden,
- die Bezüge zum Material und weiteren Positionen und Argumentationen sprachlich korrekt vorgenommen werden (z. B. durch Zitation, indirekte Rede, ggf. klare und durchgängige Unterscheidung von Fremd- und Eigenposition),
- die Ausführungen schlüssig strukturiert sind, d. h. z. B. eine erkennbare Gliederung, logische Argumentationszusammenhänge, klare Bezüge sowie eine Unterscheidung von zentralen und nebensächlichen Aspekten gegeben sind,
- die Ausführungen in eigener Sprache, korrekt und kompakt Sachverhalte und Positionen beschreiben und Argumentationen überzeugend zum Ausdruck bringen.

Kriterien für eine ausreichende Leistung:

Die Note „**ausreichend**“ (05 Punkte) wird erteilt, wenn

- der Zeitungsartikel M1 zutreffend beschrieben und sein Inhalt korrekt, komprimiert und präzise zusammengefasst wird,
- die Wirtschaftskrise von 1973/74 unter Rückbezug auf M1 sachlich weitgehend korrekt grob in die Entwicklung der bundesdeutschen Wirtschaft eingeordnet wird,
- ausgehend von einer erkennbaren Bezugnahme auf die Aussagen von M1 im Rahmen der Überprüfung ein im Hinblick auf die historischen Ereignisse im Ganzen nachvollziehbares Sachurteil verfasst wird,
- wichtige fachsprachliche Formulierungen, insbesondere die Fachbegriffe, überwiegend richtig verwendet werden,
- Bezüge zu dem Material (z. B. durch Textverweise) hergestellt und ggf. Fremd- und Eigenposition teilweise unterschieden werden,
- die Ausführungen strukturierende Elemente enthalten, d. h. in der Regel ein Bezug zur Fragestellung, eine Gliederung nach Themen und Unterthemen sowie zumeist noch eine erkennbare Gedankenführung gegeben sind,
- die Ausführungen zumeist in eigener Sprache nachvollziehbar formuliert sind.

Bei erheblichen Mängeln in der sprachlichen Richtigkeit und der äußeren Form sind je nach Schwere und Häufigkeit der Verstöße bis zu zwei Notenpunkte der einfachen Wertung abzuziehen.



Hamburg

Behörde für Schule,
Familie und Berufsbildung

Name / Kurs-Nr.

Schriftliche Abiturprüfung Schuljahr 2025/2026

Geschichte

auf grundlegendem Anforderungsniveau

an allgemeinbildenden und beruflichen gymnasialen Oberstufen

Haupttermin

Montag, 4. Mai 2026, 09:00 Uhr

Unterlagen für die Prüflinge

Allgemeine Arbeitshinweise

- Überprüfen Sie diese Unterlagen auf Vollständigkeit.
- Schreiben Sie auf alle Prüfungsunterlagen Ihren Namen und zusätzlich auf dieses Deckblatt Ihre Kursnummer.
- Kennzeichnen Sie Ihre Entwurfsblätter (Kladde) und Ihre Reinschrift.

Fachspezifische Arbeitshinweise¹

- Die Arbeitszeit beträgt **255 Minuten**.
- Eine gesonderte Lese- oder Auswahlzeit wird nicht gewährt.
- Hilfsmittel: Rechtschreibwörterbuch, Fremdwörterlexikon

Aufgabenauswahl

- Sie erhalten **drei** Aufgaben zu unterschiedlichen Schwerpunkten.
- Wählen Sie **eine** Aufgabe aus und bearbeiten Sie diese.
- Vermerken Sie auf der Reinschrift, welche Aufgabe Sie bearbeitet haben.

Bearbeitet wurde die folgende Aufgabe:

Aufgabe 1	Aufgabe 2	Aufgabe 3

¹ Entsprechend der „Richtlinie über die Gewährung von Erleichterungen für neu zugewanderte Schülerinnen, Schüler und Prüflinge bei Sprachschwierigkeiten in der deutschen Sprache“ (MBISchul Nr. 08, 7. Oktober 2016, S. 60) werden für die betroffenen Prüflinge die folgenden Erleichterungen gewährt:

- Die Bearbeitungszeit wird um 30 Minuten auf **285 Minuten** erhöht.
- Ein nicht-elektronisches Wörterbuch Deutsch – Herkunftssprache / Herkunftssprache – Deutsch wird bereitgestellt.

Aufgabe 1

Themenbereich: **Staat und Nation in der deutschen Geschichte
des 19. und 20. Jahrhunderts**

Schwerpunkt: **Die Weimarer Republik**

Teilaufgaben

- 1.1 Fassen Sie M1 zusammen.
 (Anforderungsbereich I, 30%)
- 1.2 Ordnen Sie M1 in die Geschichte der Weimarer Republik ein.
 (Anforderungsbereich II, 40%)
- 1.3 Überprüfen Sie anhand der weiteren Entwicklung der Weimarer Republik die in M2
 vorgenommene Einschätzung der politischen Situation.
 (Anforderungsbereich III, 30%)

Material

M1

Das Opfer einer Republik. Aus: Kurt Tucholsky: Gesammelte Werke, Bd. 3 1921–1924, hrsg. v. Mary Gerold-Tucholsky und Fritz J. Raddatz, Reinbek bei Hamburg 1975, S. 208–210.

M2

Die 600 000 im Lustgarten. Aus: Carl von Ossietzky: Sämtliche Schriften, Bd. II: 1922–1924, hrsg. v. Bärbel Boldt, Dirk Grathoff und Michael Sartorius, Reinbek bei Hamburg 1994, S. 94f.

M1

Angesichts der Ermordung des Reichsaußenministers Walther Rathenau am 24. Juni 1922 veröffentlichte der Schriftsteller und Publizist Kurt Tucholsky (1890–1935) unter seinem Pseudonym Ignaz Wrobel am 26.06.1922 in der Berliner Wochenzeitung „Welt am Montag“ den folgenden Artikel:

Das Opfer einer Republik

Walther Rathenau ist für die Republik ermordet worden, die ... (Der Text wurde aus urheberrechtlichen Gründen entfernt.)

M2

Angesichts der Ermordung des Reichsaußenministers Walther Rathenau am 24. Juni 1922 veröffentlichte der Journalist, Publizist und spätere Friedensnobelpreisträger Carl von Ossietzky (1889–1938) am 28.06.1922 in der „Berliner Volks-Zeitung“ den folgenden Artikel, in dem er seinen Eindruck von der Trauerfeier für Rathenau am Vortag schildert:

Die 600 000 im Lustgarten

Das Gelöbnis der Berliner Republikaner

[...] Die Sehnsucht der Menschheit singt. Um den toten Rathenau brausen ... (Der Text wurde aus urheberrechtlichen Gründen entfernt.)

Aufgabe 2

Themenbereich: **Staat und Nation in der deutschen Geschichte
des 19. und 20. Jahrhunderts**

Schwerpunkt: **Die Weimarer Republik**

Teilaufgaben

- 2.1 Fassen Sie M1 zusammen.
(Anforderungsbereich I, 30%)
- 2.2 Erläutern Sie die von Sebastian Haffner genannten und weitere krisenhafte Erscheinungen
von 1919 bis Ende 1923, die die Weimarer Republik bedrohten.
(Anforderungsbereich II, 40%)
- 2.3 Beurteilen Sie die Einschätzung in M2 zum Zustand der Weimarer Republik Ende des Jahres
1923. Gehen Sie dabei auch auf die Jahre bis zur Machtübernahme Adolf Hitlers ein.
(Anforderungsbereich III, 30%)

Material

M1

Sebastian Haffner: Geschichte eines Deutschen. Die Erinnerungen 1914–1933, Stuttgart/München
82001, S. 53–58, 65–67 (in Auszügen, Rechtschreibung angepasst).

M2

Volker Ullrich: Schicksalsstunden einer Demokratie. Das aufhaltsame Scheitern der Weimarer
Republik, München 2024, S. 125.

M1

Sebastian Haffner (1907–1999) war ein deutscher Publizist. Der folgende Text ist ein Ausschnitt aus seinen Erinnerungen an die Zeit zwischen 1914 und 1933, die er 1939 im britischen Exil verfasste und die posthum veröffentlicht wurden.

Kein Volk der Welt hat etwas erlebt, was dem deutschen „1923“-Erlebnis entspricht ...
(Der Text wurde aus urheberrechtlichen Gründen entfernt.)

M2

Volker Ullrich (*1943) ist ein deutscher Publizist und Historiker. In seinem Buch *Schicksalsstunden einer Demokratie. Das aushaltssame Scheitern der Weimarer Republik*, das 2024 erschien, schreibt er:

Die Weimarer Republik hatte am Rande des Abgrundes gestanden, aber sie hatte sich gegen alle Herausforderungen behauptet und eine erstaunliche Überlebensfähigkeit bewiesen.

Aufgabe 3

Themenbereich: Krisen, Umbrüche und
Modernisierungsprozesse in Wirtschaft und
Gesellschaft

Schwerpunkt: Wirtschaft und Gesellschaft in der
Bundesrepublik Deutschland 1949–1990

Teilaufgaben

- 3.1 Fassen Sie M1 zusammen.
(Anforderungsbereich I, 30%)
- 3.2 Ordnen Sie M1 in die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland ein.
(Anforderungsbereich II, 40%)
- 3.3 Überprüfen Sie, inwiefern die in M1 dargelegten Krisenfaktoren auf wirtschaftlicher und politischer Ebene einen Umbruch in der Bundesrepublik Deutschland einleiteten.
(Anforderungsbereich III, 30%)

Material

M1

Rudolf Herlt: Wie Lemminge in den Abgrund? In: Die Zeit Nr. 40 vom 27. September 1974. Online unter: <https://www.zeit.de/1974/40/wie-lemminge-in-den-abgrund> (letzter Zugriff: 16.06.2025, in Auszügen, Rechtschreibung angepasst).

M1

Rudolf Herlt (1919–2005) war ein deutscher Wirtschaftsjournalist. Hier äußert er sich im Herbst 1974 in einem Artikel in der liberalen Wochenzeitung *Die Zeit* über die aktuelle wirtschaftliche Situation.

Wie Lemminge¹ in den Abgrund?

Wie viele Menschen müssen eigentlich in diesem Lande noch ihre Arbeitsplätze verlieren, ehe ... (Der Text wurde aus urheberrechtlichen Gründen entfernt.)

¹ Wie Lemminge: Diese Redewendung beruht auf einem wissenschaftlich widerlegten Mythos, demzufolge sich diese Tiere massenweise über eine Klippe in den Tod stürzen, und bezeichnet folglich ein unüberlegtes kollektives Verhalten, das ins Verderben führt.